

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 26.06.2015, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Str. 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:10 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
2. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.02.2015 - Kita-Öffnungszeiten	060/2015 7
3. Antrag auf Einführung eines Mobilitätstickets/MobiTicket	065/2015/1 9
4. Umwandlung des EUREGIO e.V. in einen grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO sowie Harmonisierung und Erhöhung der Mitgliedsbeiträge	043/2015 11
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2014	048/2015 12
6. Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grundsanierung und Ausbau der Kreisstrasse 10, Ostbevern I.BA	055/2015 13
7. Vorzeitige Verlängerung der Vereinbarungen über die kommunale Zusammenarbeit im Bereich der Entsorgung überlassungspflichtiger PPK-Abfälle mit den Städten Beckum und Warendorf	037/2015 14

- | | | | |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------|
| 8. | Antrag der SPD-Kreistagsfraktion "Resolution" zu den Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen | 095/2015 | 15 |
| 9. | Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Einkaufsgemeinschaft KoPart | 096/2015 | 17 |
| 10. | Umbesetzung von Ausschüssen | 093/2015 | 18 |
| 11. | Anfragen | | 19 |

II. Nichtöffentlicher Teil

- | | | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------|
| 1. | Bestellung einer Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt | 092/2015 | 20 |
| 2. | Regelung gemäß § 34 Gesetz über den Feuer-
schutz und die Hilfeleistung – FSHG NW | 094/2015 | 21 |

Anlagen

- | | |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------|
| Anlage 1 | Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion „Klimaschutzmaßnahmen an Kreisliegenschaften“ |
| Anlage 2 | Schriftliche Beantwortung der Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion (siehe Anlage 1) |
| Anlage 3 | Anfrage der FWG Kreistagsfraktion zu den Gesellschafteranteilen am FMO |

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf Dr.
Mitglieder des Kreistages
Arnkens-Homann, Dagmar
Aydemir, Ergül
Berkhoff, Henrich
Blex, Christian Dr.
Block, Susanne
Blömker, Franz-Ludwig
Budde, Heinrich
Buschkamp, Franz-Josef
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Dufhues, Hannelore
Eisenhuth, Hans-Heinrich
Geiger, Andrea
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hermans, Pia
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Hövelmann, Volker
Hugenroth, Bernhard
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Kreft, Peter
Lehnert, Susanne Dr.
Luster-Haggeney, Rudolf

Marx, Burkhard
Mindermann, Ursula
Möllmann, Rolf
Multermann, Joachim
Nienkemper, Dorothea
Ommen, Detlef
Poppenberg, Bernhard
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schlösser, Ulrich
Schmedding, Josef
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Stöppel, Gregor
Stumpenhorst, Lothar
Tegelkämper, Paul
Werning, Frederik
Westerwalbesloh, Florian

von der Verwaltung

Abeler, Alina
Börger, Heinz Dr.
Brakmann, Thomas Dr.
Fromme, Thomas
Gröpper, Bernhard
Hansen, Peter Dr.
Seidel, Sebastian
Wegener, Viktoria
Westbomke, Alfons

Es fehlten entschuldigt:**Mitglieder des Kreistages**

Birkhahn, Astrid

Blümer, Raphaela

Harrendorf-Vorländer, Birgit

Kleibolde, Bernhard

Pries, Wilhelm

Strübbe, Robert

Wagner, Natalie

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 15.06.2015 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Er weist darauf hin, dass die Einladung aufgrund des Poststreiks zudem am 16.06.2015 per E-Mail an die Kreistagsmitglieder verschickt worden sei. Am 17.06.2015 sei ferner ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion per E-Mail versandt worden, der unter TOP 2 behandelt werde.

Anschließend erläutert Landrat Dr. Gericke die Tischvorlagen, bei denen es sich um eine Resolution der CDU-Kreistagsfraktion „Kostenübernahme Asyl- und Flüchtlingskosten“ zu TOP 8 sowie um eine Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion zu den „Klimaschutzmaßnahmen an Kreisliegenschaften“ und eine Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zu den „FMO-Anteilen“ handelt. Er schlägt vor, beide fristgemäß eingegangenen Anfragen im Anschluss an den öffentlichen Teil zu handeln.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--------------------------------------------------------	--

Auf Nachfrage des Landrates meldet sich keine Einwohnerin/kein Einwohner zu Wort.

2.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.02.2015 - Kita-Öffnungszeiten	060/2015
-----------	------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Herr Diekhoff (FDP) erläutert den gemeinsamen Antrag der FDP- und der CDU-Kreistagsfraktion und weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf handele. Er betont, dass im Zuge der Umsetzung der Randzeitenbetreuung Kostenneutralität angestrebt werden sollte.

Frau Arnkens-Homann (SPD) stimmt dem Grundgedanken des Antrages zu, widerspricht Herrn Diekhoff jedoch in Bezug auf die angestrebte Kostenneutralität. Es sei nicht der richtige Weg, dass Eltern und Alleinerziehende für die Kosten der Randzeitenbetreuung aufkommen. Frau Arnkens-Homann (SPD) bittet ferner um eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages. Frau Grap (Grüne) und Herr Schulte (LINKE) stimmen ihr zu und befürworten ebenfalls die separate Abstimmung.

Herr Gutsche (CDU) pflichtet Herrn Diekhoff bei und betont nochmals die Vorteile der längeren Betreuungszeiten. So könnten alle Kinder in der gleichen Einrichtung verbleiben und müssten nach der Kita nicht noch eine Tagesmutter besuchen. Zudem sehe er in dem Betreuungsangebot auch einen Vorteil des Kreises Warendorf bei der Wohnortwahl junger Familien.

Herr Stöppel (FWG) betont die Notwendigkeit der Antragspunkte 2 bis 5. Den Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 halte er jedoch für handwerklich falsch.

Beschluss:

1. In den Gesprächen mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen wird die Verwaltung darauf hinwirken, dass bis spätestens zum Ende der laufenden Wahlperiode in jeder Kommune innerhalb der Zuständigkeit des Kreisjugendamtes mindestens eine Kindertagesstätte vorhanden ist, die zwischen 6.00 Uhr und 20.00 Uhr geöffnet hat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 45, Nein 3, Enthaltungen 2)

2. Zur Feststellung des exakten Bedarfs (auch in Bezug auf Abweichungen von den in Punkt 1 genannten Öffnungszeiten) werden Elternbefragungen angeregt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (Ja 47, Enthaltungen 3)

3. Initiativen von Tageseinrichtungen zur Betreuung in Randzeiten sollen aktiv vorangetrieben werden. Bei der Umsetzung soll Kostenneutralität angestrebt werden. Kooperationen mit Unternehmen sind, z.B. im Rahmen der von der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf etablierten Projekte „Familie und Beruf“ oder „Arbeitswelt 3.0“ nach Möglichkeit miteinzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 25, Nein 23, Enthaltungen 2)

4. Dem Kindeswohl und dem Wunsch der Eltern nach gemeinsam verbrachter Zeit soll stärker als bisher entsprochen werden, indem mehr Freiraum und eine höhere Flexibilität beim Besuch der Kindertageseinrichtung ermöglicht wird.
Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (Ja 47, Enthaltungen 3)

5. Die zuständigen Fachausschüsse werden von der Verwaltung regelmäßig über den Fortschritt des Vorhabens informiert.
Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (Ja 47, Enthaltungen 3)

3. Antrag auf Einführung eines Mobilitätstickets/MobiTicket**065/2015/1**

Mit dem Sprichwort „Was länger währt, wird endlich gut“ kommentiert Frau Arnkens-Homann (SPD) die Vorlage und freut sich über das positive Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss.

Herr Gutsche (CDU) stimmt ihr zu und weist darauf hin, dass auch Schüler von dem Mobiticket profitieren.

Herr Dr. Blex (AfD) teilt die positive Einstellung seiner Vorredner nicht. Er betont, dass das Mobiticket insbesondere an die untere Mittelschicht das falsche Signal sende, dass sich Arbeit nicht mehr lohne. Er empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Herr Diekhoff (FDP) stimmt zu und verweist insbesondere auf die Mehrkosten, die mit der Einführung des Mobitickets einhergehen.

Herr Schulte (LINKE) empfindet es als schade, dass das Mobiticket Geringverdiener nicht berücksichtige, dennoch stelle es für viele Personen im Kreis Warendorf eine Entlastung dar. Auch Herr Stöppel (FWG) weist darauf hin, dass das Mobiticket vielen Menschen im Kreis Warendorf helfen werde.

Herr Ommen (SPD) betont zum Abschluss der Diskussion, dass der Kreistag in Steinfurt und Borken ein derartiges Ticket bereits beschlossen habe und dass es wichtig sei, münsterlandweit einheitlich aufzutreten.

Vor der Abstimmung weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass bereits im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie im Kreisausschuss vor der Abstimmung der zweite Absatz unter Ziffer II gestrichen worden sei.

Beschluss:**I. Einführung des Mobitickets ab 2016**

1. Im Kreis Warendorf wird ab dem Jahr 2016 das Sozialticket eingeführt. Es wird eine münsterlandeinheitliche Bezeichnung als MobiTicket angestrebt.
2. Die Einführung erfolgt unter dem Vorbehalt der auskömmlichen Landesförderung.
3. Zur Gestaltung des MobiTickets wird ein einheitliches Vorgehen im Münsterland angestrebt. Dabei ist das Ticket so auszugestalten, dass keine eigenen Kreismittel hierfür notwendig sind. Sollten die Landesmittel nicht ausreichen, erfolgt eine Nachsteuerung.
4. Im Einzelnen wird folgender Vorschlag zur Gestaltung gemacht:
 - In der Altersgruppe der 6 bis 20jährigen wird jedem/jeder Berechtigten das Fun Ticket Abo (Netz Münsterland) durch eine Zuzahlung von 5,00 € angeboten.
 - In der Altersgruppe der Erwachsenen bis 59 Jahre wird jedem/jeder Berechtigten durch Zuzahlung von 10,00 € das 9-Uhr-Abo der Preisstufe 2 (für das Stadt-/Gemeindegebiet) bzw. durch Zuzahlung von 15,00 € das Großkundenabo der Preisstufe 2 angeboten. Darüber hinaus können Anschlusstickets

- zu einem deutlich reduzierten Preis erworben werden.
- In der Altersgruppe 60 Jahre und älter wird jedem/jeder Berechtigten durch Zuzahlung von 20,00 € (für das Kreisgebiet) bzw. durch eine Zuzahlung von 25 € (für das Netz Münsterland) das Abo 60 plus angeboten.
5. Die Ticketvergabe erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsunternehmen RVM. der Aufwand für die Sozialverwaltung (Jobcenter, Sozialamt) ist zu minimieren.

II. Einführung des FlashTickets / Bezuschussung selbst bezahlter Schulticketts:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Mobilitätsstärkung die Einführung des FlashTickets an den Berufsschulen des Kreises Warendorf vorzubereiten und zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

~~Darüber hinaus wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, inwieweit es finanziell auskömmlich ist, jedem/jeder leistungsberechtigten Schüler/in, der/die kein Schulticket vom Schulträger erhält, durch Zuzahlung von 10,00 € ein Abo der Preisstufe 2 für Schulticketts anzubieten. Dieser Vorschlag ist münsterlandweit abzustimmen.~~

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(Ja: 45, Nein: 5)

4.	Umwandlung des EUREGIO e.V. in einen grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO sowie Harmonisierung und Erhöhung der Mitgliedsbeiträge	043/2015
-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschluss:

1. Der Kreis Warendorf stimmt der Satzung für den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO zu und beschließt den Beitritt zum Zeitpunkt seiner Gründung.
2. Der Kreis Warendorf stimmt der Erhebung eines Mitgliedsbeitrages – vorbehaltlich der von der EUREGIO-Verbandsversammlung festzusetzenden Beitragsordnung – von 0,29 € pro Einwohner und Jahr zu, wobei bis zur Auflösung des EUREGIO e.V. die Beiträge des Kreises Warendorf zum grenzüberschreitenden Zweckverband mit den Beiträgen des Kreises Warendorf für die Mitgliedschaft im EUREGIO e.V. verrechnet werden. Die Haushaltsmittel für den Beitrag von 0,29 € pro Einwohner und Jahr werden bereitgestellt.
3. Der Kreis Warendorf weist seine Vertreter/innen für die Mitgliederversammlung des EUREGIO e.V. an, der Auflösung des EUREGIO e.V. nach erfolgter Gründung des grenzüberschreitenden Zweckverbandes EUREGIO zuzustimmen.
4. Ferner weist der Kreis Warendorf seine Vertreter/innen für die Mitgliederversammlung des EUREGIO e.V. an, dass abweichend von Art. 18 der Satzung des EUREGIO e.V. dessen Vermögen bei Auflösung nicht an die Mitglieder fällt, sondern auf den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO übertragen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2014	048/2015
-----------	---------------------------------------------------------------------	-----------------

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6.	Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grundsanie rung und Ausbau der Kreisstrasse 10, Ostbevern I.BA	055/2015
-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 550.000 € im Teilfinanzierungsplan Produktgruppe Straßenbau und – unterhaltung Investitions-Nr. 14.66.006 „Grundsanie rung und Ausbau K 10 Ostbevern, I.BA“ gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mittelbereitstellung erfolgt durch die Einsparung bei der Maßnahme Investitions-Nr. 13.66.001 „K 18 Radweg Gröblingen – Sassenberg K 51“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Vorzeitige Verlängerung der Vereinbarungen über die kommunale Zusammenarbeit im Bereich der Entsorgung überlassungspflichtiger PPK-Abfälle mit den Städten Beckum und Warendorf	037/2015
----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschluss:

Den Änderungsvereinbarungen zur Vereinbarung über die kommunale Zusammenarbeit im Bereich der Entsorgung überlassungspflichtiger PPK-Abfälle zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Beckum bzw. der Stadt Warendorf gemäß der vorliegenden Anlage 1 bzw. gemäß der Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion "Resolution" zu den Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	095/2015
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Frau Arnkens-Homann (SPD) erläutert die Resolution der SPD-Kreistagsfraktion und weist auf den enormen Arbeitsaufwand für die Stadt- und Kreisverwaltungen (u.a. Jobcenter, Sozialämter, Ausländerämter) hin. Um eine adäquate Flüchtlingshilfe zu gewährleisten, seien die Kommunen auf finanzielle Entlastungen seitens des Bundes angewiesen.

Anschließend erläutert Herr Gutsche (CDU) die Resolution der CDU-Kreistagsfraktion. Im Zuge dessen betont er, dass die Kommunen im Kreis Warendorf die Grenzen der Umsetzbarkeit der Flüchtlingshilfe langsam erreichen würden, zumal das Land Nordrhein-Westfalen ihre Kommunen im Vergleich zu den anderen Bundesländern finanziell weniger entlaste. Es sei daher wichtig, dass das Land die vom Bund erhaltenen Gelder für die Flüchtlingshilfe eins zu eins an die Kommunen weiterleitet. Ferner sei es notwendig, dass das Land NRW die kommunalen Investitionshilfen des Bundes gerecht zwischen den finanzschwachen kreisfreien Städten und Städten und Gemeinden sowie Kreisen im ländlichen Raum verteile.

Frau Arnkens-Homann und Herr Blömker (SPD) stellen daraufhin die Zulässigkeit der Resolution der CDU-Kreistagsfraktion in Frage. Landrat Dr. Gericke erläutert, dass es sich hierbei um einen fristgemäßen, weitergehenden Antrag zu einem Tagesordnungspunkt handele und dies der Geschäftsordnung des Kreistages entspreche. Herr Blömker (SPD) teilt die Rechtsauffassung des Landrates nicht.

Herr Dr. Blex (AfD) weist auf das Versagen der EU sowie der Bundes- und Landesregierung im Bereich der Finanzierung der Flüchtlingshilfe hin und spricht sich für die Resolution der CDU-Kreistagsfraktion aus.

Landrat Dr. Gericke weist die Mitglieder anschließend auf die Möglichkeit hin, über die weitergehende Resolution der CDU-Kreistagsfraktion zu entscheiden oder die Thematik in die Fachausschüsse zu vertagen.

Herr Gutsche (CDU) stellt daraufhin den Antrag auf Abstimmung über die CDU-Resolution.

Nach der Abstimmung meldet sich Herr Blömker (SPD) zur Geschäftsordnung, bemängelt das Abstimmungsverfahren und betont nochmals vehement seine Einwände.

Beschluss:

1. Das Land NRW soll sich für eine angemessene Beteiligung des Bundes an den wachsenden gesamtgesellschaftlichen Sozialkosten einsetzen und die Bundeshilfen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vollständig an die Kommunen weitergeben. Darüberhinaus soll das Land NRW den Kommunen die vollständigen Kosten für Unterbringung, Betreuung und gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zeitnah erstatten.
2. Das Land NRW soll die kommunalen Investitionshilfen des Bundes gerecht zwischen den finanzschwachen kreisfreien Städten und den finanzschwachen Städten, Gemeinden sowie Kreisen im ländlichen Raum verteilen.

Auf die Detailforderungen im Schlussabsatz wird hingewiesen.

Der Kreistag appelliert an die nordrhein-westfälische Landesregierung,

- sich weiterhin vehement beim Bund für eine nachhaltige Entlastung der Kommunen bei den stark anwachsenden Ausgaben für Sozialleistungen und insbesondere für die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose einzusetzen. Die im Koalitionsvertrag von Union und SPD auf Bundesebene im Zusammenhang mit einer Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen angekündigte Entlastung der kommunalen Ebene um 5 Mrd. € p.a. wird durch die Investitionsstärkungsmittel nicht berührt. Sie ist unabhängig davon weiterzuverfolgen: Eine Reform der Eingliederungshilfe darf insbesondere nicht zu einer neuen Kostendynamik führen.
- die Bundeshilfen für die Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsbetreuung, die das Land NRW erhält, in voller Höhe und bedarfsgerecht an die Kommunen weiterzuleiten und die vollständigen Kosten für Unterbringung, Betreuung und gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zeitnah zu erstatten.
- die Investitionshilfen an finanzschwache Kommunen nach dem Kriterium der Schlüsselzuweisungen der letzten fünf Jahre zu verteilen, so wie dies seit geraumer Zeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Ministerium für Inneres und Kommunales sowie dem Finanzministerium besprochen wurde. Die jüngst vom Städtetag NRW in die Diskussion gebrachten Verteilungskriterien würden hingegen zu willkürlichen und angreifbaren Ergebnissen führen und sind deshalb abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 27, Nein 23)

9.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Einkaufsgemeinschaft KoPart	096/2015
-----------	-------------------------------------------------------------------------	-----------------

Frau Nienkemper (FWG) erläutert den Antrag und weist im Zuge dessen insbesondere auf den Kostendruck der Kommunen sowie mögliche Synergieeffekte durch das Genossenschaftsmodell KoPart hin.

Von den Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf seien bislang die Städte Ennigerloh, Oelde, Sassenberg und Warendorf Mitglieder der Genossenschaft. Die FWG-Kreistagsfraktion bittet um Prüfung des Modells für die Kreisverwaltung Warendorf sowie um Vorstellung der Ergebnisse im Fachausschuss.

Beschluss:

Die Kreisverwaltung des Kreises Warendorf prüft die Möglichkeit des Beitritts und die Synergieeffekte der Einkaufsgemeinschaft KoPart mit dem Ziel, die Potentiale der KoPart bei anstehenden Entscheidungen zur Beschaffung in allen wirtschaftlich aktiven Bereichen zu nutzen.

Die Kreisverwaltung stellt die Einkaufsgemeinschaft für NRW Kommunen KoPart im zuständigen Ausschuss vor und formuliert einen inhaltlichen Beschlussvorschlag, über den in der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses der Beschluss gefasst wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

10. Umbesetzung von Ausschüssen**093/2015****Beschluss:**

Umbesetzung auf Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.04.2015:

Bauausschuss

	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
alt:	S.B. Alfred Edelhoff	Stellvertretung innerhalb der FDP-Fraktion nach Alphabet
neu:	S.B. Josef Strohbücker	1. Stellvertretung S.B. Alfred Edelhoff 2. Stellvertretung innerhalb der FDP-Fraktion nach Alphabet

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
alt:	S.B. Josef Strohbücker	Stellvertretung innerhalb der FDP-Fraktion nach Alphabet
neu:	Ron Schindler	Stellvertretung innerhalb der FDP-Fraktion nach Alphabet

Umbesetzung auf Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 02.05.2015:

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

	beratendes Mitglied	Stellvertreter
alt:	Joachim Multermann	Dr. Christian Blex
neu:	(S.B.) Uwe Steinkolk	Dr. Christian Blex

Umbesetzung auf Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2015

Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung

	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
alt:	Raphaela Blümer	S.B. Hedwig Tarner
neu:	S.B. Hedwig Tarner	Raphaela Blümer

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11. Anfragen	
---------------------	--

Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion vom 18.06.2015 „Klimaschutzmaßnahmen an Kreisliegenschaften“

Landrat Dr. Gericke bittet Herrn Dr. Hansen um Beantwortung der Anfrage (Anfrage und Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 1 und 2 beigefügt).

Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion über den aktuellen Stand der Anteilsübernahme FMO vom 25.06.2015

Landrat Dr. Gericke beantwortet die Anfrage (siehe Anlage 3) wie folgt:

Bisher seien keine Gespräche zur Reduzierung des FMO-Gesellschafteranteils des Kreises Steinfurt erfolgt. Herr Kubendorff (Landrat des Kreises Steinfurt) habe lediglich angekündigt, mit den Münsterlandkreisen im Herbst über die Angelegenheit sprechen zu wollen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10:10 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer